

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

44. Jahrgang.

N<sup>o</sup> 31.

Sonnabend, den 13. März

1897.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illust. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Boten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. In-Subscriptionspreis: die Klein-zeile 10 Pf.

Damit bei Beurteilung von **Baugesuchen** den **fortlichen** und **flußpolizei-**lichen Interessen vollständig Rechnung getragen werden kann, erhalten die Ortspolizei-behörden des Verwaltungsbezirks Veranlassung, vor Einreichung der Baugesuchungen

- 1) bei Bauten in der Nähe von Waldungen die Entfernung der ersteren vom Walde **genau** eintragen zu lassen,
- 2) bei Bauten in der Nähe von Flüssen oder Bächen zu prüfen, ob das betr. Gelände erfahrungsgemäß Ueberschwemmungen ausgesetzt ist, oder sonst dem Baue flußpolizeiliche Bedenken entgegenstehen

und soweit nöthig hierüber Anzeige anher zu erstatten.  
E. H. W. A. R. B. E. R. G., am 10. März 1897.

**Königliche Amtshauptmannschaft.**  
Fehr. v. Wirting.

### Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Bezirksschulinspektion sieht sich veranlaßt, die Bestimmungen in den §§ 6, 7 des Gesetzes, die Ehen unter Personen evangelischen und katholischen Glaubensbekenntnisses und die religiöse Erziehung der von Eltern solcher verschiedener Konfessionen erzeugten Kinder betr., vom 1. November 1836 in Erinnerung zu bringen, wonach Eltern, welche ihre in gemischten Ehen erzeugten Kinder nicht in der Konfession des Vaters erziehen zu lassen beabsichtigen, eine dahingehende **Erklärung an Gerichtsstelle** zu Protokoll persönlich abgeben müssen, **bevor die Kinder das 6. Lebensjahr erfüllt haben.**

Da auf die religiöse Erziehung derjenigen Kinder, welche dieses Alter bereits überschritten haben, der Abschluß, die Aufhebung oder Veränderung solcher Vereinbarungen ohne Einfluß ist, so werden die Eltern zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten auf die Nothwendigkeit eines rechtzeitigen Abschlusses des Vertrags noch besonders aufmerksam gemacht.

**Bezirksschulinspektion für Eibenstock,**

den 10. März 1897.

**Der Rath der Stadt als Coinspektionsbehörde.**

Hesse.

Unschlittel.

### Bekanntmachung.

Die staatlich concessionirte und beaufsichtigte **Lateinschule zu Eibenstock** mit dem Ziele der Vorbereitung für die Tertia eines Gymnasiums oder einer Realschule h. D. wird **am 26. April** dieses Jahres **eröffnet.**

Der Lehrplan entspricht dem für sächsische Gymnasien, jedoch ist eine für Sexta vorbereitende Classe vorgesehen. Die wissenschaftliche Leitung ist Herrn K. Wegardt, z. Z. Gymnasiallehrer am Thomagymnasium zu Leipzig, übertragen worden. Das Schulgeld beträgt 180 Mark, kann jedoch auf Ansuchen bis zu 120 Mark ermäßigt werden. Auswärtigen Schülern wird zuverlässige Tages- oder Vollpension zugewiesen. Auskunft ertheilt der Unterzeichnete.

Eibenstock, den 3. März 1897.

**Der Lateinschulenausschuß.**

Hesse.

### Unsere Marine.

Der Budgetkommission des Reichstages ist eine Denkschrift über den Schiffsbestand der kaiserlichen Marine zugegangen. Es wird darin ausgeführt, daß die Ersatzbauten nicht Schritt gehalten haben mit dem Absterben der Schiffe und daß in anderen Ländern überall das Bestreben nach Verstärkung obwalte und Regierung und Volkswirtschaft hierin einträchtig zusammenwirkten. Wenn die Flotte allein auf ihrem in der Denkschrift von 1873 niedergelegten Stande erhalten werden sollte, so müßte jährlich rund ein Panzerschiff, ein Kreuzer 1. bis 3. Klasse, ein oder zwei Aviso und Kreuzer 4. Klasse u., ein Divisionsboot und acht Torpedoboote, aller zwei Jahre ein Panzer-Kanonboot in Bau genommen werden. Die normale mittlere Höhe der jährlich aufzunehmenden Bauumme muß bei gleichmäßigem Fortschreiten der Arbeiten gleich der Summe der Baukosten der durchschnittlich jährlich in Bau zu nehmenden Schiffe sein. Dies ergibt nach den Anschlägen des letzten Etats 45,5 Mill. Mark; der Etat von 1896/97 wirft aber nur 26,5 Mill. Mark aus, der vorhergehende Etat noch weniger. Dieses Mißverhältnis erklärt die Lücke in dem Schiffsbestande der Flotte. Um diese Lücke auszufüllen, müßte jetzt die normale Höhe der jährlich aufzunehmenden Bauumme von 45 Mill. Mark für eine Reihe von Jahren überschritten werden. Immer nur von der Grundlage des Flottengründungsplanes von 1873 ausgehend, werde es auf diese Weise möglich sein, den planmäßigen Bestand der Flotte und ein gesundes Verhältnis zwischen Ersatzbauten und Bestand in den ersten Jahren des kommenden Jahrhunderts wiederhergestellt zu sehen.

Vor einer Entscheidung, welche Deutschlands Schicksal für eine ganze Reihe von Jahren entscheidet, stehen wir jetzt in Bezug auf die Marineforderungen, welche demnächst an das Plenum des Reichstages gelangen werden. Daß unsere Kriegsflotte nicht den Anforderungen genügt, welche unserer Machtstellung in der Welt entsprechen, ist jedem objektiv Denkenden klar. Man müßte ja auch schon mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht bei den verschiedensten Anlässen, bei denen der Mangel namentlich an Kreuzern zu Tage getreten ist, zu dieser Auffassung hingeführt würde. Aber nicht bloß diese gelegentliche Entfaltung der deutschen Macht steht in Frage. Unser Handel hat glücklicher Weise mit den Jahren einen Umfang angenommen, welcher die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte als eine Achtung gebietende erscheinen läßt. Es entspricht dies unseren mit den Jahren gewachsenen Exportverhältnissen. Es ist doch klar, daß in Deutschland die jährlich um 1 bis 1 1/2 % steigende Bevölkerung nicht mehr genügend ernährt werden könnte, wenn die Industrie und dabei auch die Export-Industrie nicht die entsprechende Arbeitsgelegenheit böte. Also daß der Export uns erhalten bleibt, ist eine Lebensbedingung. Nun kann aber eines schönen Tages, sobald Deutschland mit einer eine stärkere Kriegsflotte besitzenden Nation in Konflikt geräth, der ganze Handel unterbunden und damit die genügende Ernährung der deutschen Bevölkerung in Frage gestellt werden. Nur eine starke Kriegsflotte kann uns davor bewahren. Es ist ein Verdienst der verbündeten Regierungen, auf diesen wunden Punkt in unseren Verhältnisse offen und freimüthig hingewiesen zu haben. An der Volksvertretung ist es nun, darüber Beschluß zu fassen, wie die Verstärkung der Kriegsflotte vorgenommen werden soll. Das Volk würde es nicht verstehen, wollte das Parlament den Regierungen das verweigern, was unbedingt notwendig

ist, um Deutschland auch zur See so stark zu machen, daß es seine vitalsten Interessen zu verteidigen in der Lage ist. Wenn dabei naturgemäß der Geldpunkt in die vorderste Reihe der zu berücksichtigenden Gesichtspunkte gerückt wird, so ist allerdings zuzugeben, daß ein Volk niemals über seine Kräfte hinaus zu Abgaben angehalten werden darf. Aber das ist in Deutschland doch durchaus nicht der Fall und würde es auch nicht sein, wenn die neuen Forderungen der verbündeten Regierungen zur Verstärkung der Kriegsflotte für die nächsten Jahre bewilligt würden. Der Reichstag wird den Forderungen zustimmen müssen, wenn er Deutschland auch zur See gegen Angriffe sicher wissen will.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber den griechisch-türkischen Konflikt haben die letzten Tage zwar eine Fülle von Nachrichten gebracht, die aber wenig Neues oder ins Gewicht fallendes enthielten. So traurig auch die fortgesetzten Mordthaten und Brandstiftungen in den Küstengegenden Kretas sind, so wenig erscheinen sie geeignet, auf den Ausgang des Konflikts auch nur den geringsten Einfluß auszuüben. Höchstens strafen sie der Behauptung Griechenlands Lügen, daß die Anwesenheit griechischer Truppen auf Kreta genüge, um anarchoisrischen Zuständen vorzubeugen. — Daß die Großmächte mit ihrer Drohnote das letzte Wort gesprochen und nun wirklich zu Zwangsmaßnahmen gegen Griechenland übergehen würden, ist wenig wahrscheinlich. Die in Aussicht genommene Blockade des Piräus (der Meereshucht, an der Athen liegt) schrumpft jetzt schon zu einer „friedlichen“ Blockade zusammen. Die griechischen Kriegsschiffe haben die Bucht schleunigst verlassen und sind gegen die Türkei verwendbar, deren Flotte sich in einem miserablen Zustand befindet und keineswegs seetüchtig ist. Ob der Angriff Griechenlands auf Thessalien verhindert werden kann, ist gleichfalls fraglich, denn die Kriegslust der Griechen ist bereits bis zum Siedepunkt gelangt. — Da, wie schon wiederholt betont, Deutschland da unten im Südosten keine direkten Interessen zu vertreten hat, so ergiebt sich sein Verhalten von selbst: Sein einziges Bemühen ist, die Uebereinstimmung unter den Großmächten aufrecht zu erhalten und darauf zu achten, daß die aus dem praffelnden Feuer geschleuderten Flugkugeln keinen Schaden anrichten. Die unmittelbare Berührung österreichischer und russischer Interessen würde für Wien und Petersburg eine solche Zurückhaltung unmöglich machen. Frankreich befindet sich in einer schwierigen Lage; es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die mit Rußland, Oesterreich und Deutschland übereinstimmenden Absichten des Pariser Cabinets wirklich ernst gemeint waren. Allein das Ministerium muß mit der Stimmung in der Kammer rechnen, wo sich die Sympathie für Griechenland mit dem geheimen Kerzer über den russischen Freund verbinden. England, und in seinem Gefolge Italien, haben entschieden Neigung, zunächst mit Griechenland weiter zu verhandeln; und so wird denn in der ganzen Sache noch eine Weile „fortgewurstelt“ werden, ehe es zu einer Entscheidung kommt. . . . oder allmählich der Zustand der Verjüngung eintritt.

— Berlin, 11. März. Der Bundesrath hat heute der Vorlage in betreff der Zwangsorganisation des Handwerks seine Zustimmung ertheilt. Wie die „Post“ hört, enthält die abgeänderte Vorlage vor allem die Bestimmung,

daß von der Gründung einer Zwangsinnung immer nur da die Rede sein soll, wo eine Mehrheit des betreffenden Handwerks sich dafür ausspricht. Danach scheint es, als hätten in dem neuen Entwurf die in der preussischen Vorlage als richtig anerkannten Grundsätze lediglich einen gelegentlich präzisieren und schärferen Ausdruck gefunden; denn schon die preussische Vorlage sah vor, daß eine Mehrheit der Handwerker sich für die Gründung der Zwangsinnungen aussprechen soll, sowie daß nicht die räumliche Entfernung die Bildung von Innungen illusorisch machen darf und daß eine genügende Zahl von Handwerkern für eine Innung vorhanden sein muß. Der Handwerksausschuß, der übrigens nirgendwo sich Sympathien erwerben konnte, ist im neuen Entwurf gestrichen, wofür in erster Reihe wohl die Erwägung maßgebend gewesen sein dürfte, daß die Organisation leicht eine Wirkung haben könnte, die durchaus nicht beabsichtigt sein kann. Wo nämlich die Handwerker in der Mehrheit sind, die den Innungen angehören, würden diese im Ausschluß maßgebend sein, wo die nicht organisirten Handwerker über die Majorität verfügen, aber die Wünsche und Forderungen der organisirten keine genügende Beachtung finden. Was schließlich die Handwerkskammern anlangt, so hat der Bundesrath den neuen preussischen Vorschlägen seine Zustimmung ertheilt, die sich von denen des dem Reichstag gegenwärtig vorliegenden Entwurfes namentlich dadurch unterscheiden, daß sie in der Hauptsache nicht nur zu begutachtenden Aufgabern herangezogen werden sollen, sondern auch mit Zwangsbefugnissen, besonders in Bezug auf das Lehrlingswesen, ausgestattet sind. Auch die Bestimmungen über die Lehrlingsprüfungen und über die Berechtigung zur Führung des Meistertitels hat der Bundesrath angenommen.

— Frankreich. Frankreich will auch schon wieder seine Marine vermehren. Im Senat erklärte der Marineminister Bédard, der Stand der Flotte sei gegenwärtig gut, die Flotte brauchte aber Verstärkungen, besonders im Norden. In Anbetracht der Vermehrungen der fremden Flotten müsse das Programm von 1894 revidirt und erweitert werden. Die Regierung werde die nöthigen Kredite beantragen, die Schiffbau-Gesellschaften seien heute vollständig gerüstet. General Laroque erklärte ferner, die Umwandlung der Marine-Geschütze alten Modells in Schnellfeuergeschütze führe zu ausgezeichneten Ergebnissen. Mit diesen Geschützen könnten mindestens sieben Schuß in der Minute abgegeben werden. Außerdem werde die Marine nächstens über Geschütze starken Kalibers verfügen, mit denen viermal so schnell gefeuert werden könne, als mit den jetzt in Gebrauch befindlichen. Alle gegenwärtig benutzten Geschütze seien ausgezeichnet. Nach seiner Ueberszeugung seien die französischen Geschütze denen des Auslandes überlegen.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Hundshübel, 9. März. Infolge andauernder Kränklichkeit sieht sich unser verdienter Kirchschullehrer Herr Karl Friedrich Kästig, seit 1878 an hiesiger Schule thätig, veranlaßt, demnächst in den Ruhestand zu treten. Als Nachfolger des Herrn Kästig ist vom hiesigen Kirchen- und Schulvorstande der bisherige zweite Lehrer an der Schule zu Hundshübel, Herr Rudolf Hennig aus Weißbach, gewählt worden, dessen Stelle zur Ausschreibung gelangen wird.

— Dresden. Das königlich sächsische Kriegsministerium beabsichtigt, auch in diesem Jahre Pferde sächsischer Züchtung